

INHALT

Verzeichnis der Abbildungen und Karten	15
Abkürzungsverzeichnis	16
Einleitung	17
Bürgerliche Reformen in deutschen Staaten 17 — Arbeiten über die Reformen in Sachsen 17 — Bedeutung der Staatsreform des 19. Jh. 18 — Zusammenhang mit der Reform von 1763 19 — Begrenzung des Themas 19 — Schwerpunkt der Darstellung 20 — Entstehung der Arbeit 20.	
1. Landesteile und Zentralgewalt in Sachsen bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts	22
<i>a. Sachsens Wirtschaft, Gesellschaft und Verfassung</i>	22
Deutschlands Zersplitterung in Territorialstaaten 22 — Sachsen als deutscher Mittelstaat 22 — Sachsens Gebiet 23 — Wirtschaft 23 — Kultur 24 — Bürgertum 24 — Bauern 25 — Adel-Vorrang auf Ständeversammlungen 25 — Standesvorrechte 26 — Bevorzugung in Ämtern 27 — 1763 auch bürgerliche Staatsmänner 27 — 1763 Finanz- und Wirtschafts-, nicht Verfassungs- und Verwaltungsreform 28.	
<i>b. Die Landesteile</i>	28
Verschiedene Verfassungen der Landesteile 28 — Erblande 29 — Standesherrschaften der Erblande 32 — Mansfeld 33 — Barby 33 — Stift Meißen 33 — Nebenlande: Stifter Merseburg und Naumburg-Zeitz 34 — Henneberg 34 — Querfurt 34 — Lausitzen 35 — Oberlausitz 35 — Niederlausitz 36 — Standesherrschaften der Lausitzen 37 — Gleichen, Blankenhain, Kranichfeld 37 — Treffurt und Dorla 38 — Gebietsabtretungen 1806 bis 1808 39 — Cottbus 39 — Statistische Übersichten 39.	
<i>c. Die Verschiedenheit der staatlichen Einrichtungen in den Landesteilen</i>	40
Verfassungen 40 — Ständeversammlungen 40 — Behörden 42 — Steuersysteme 42 — Gesetze 44 — Religionsverhältnisse 44 — Gegenseitige Abschließung 45.	
<i>d. Feudale Herrschaftsverhältnisse als Ursache der Zersplitterung</i>	45
Erbteilungen 45 — Ganerbschaften 46 — Treuhandverwaltungen 46 — Reichsverfassung 47 — Böhmisches Lehenshoheit in Lausitzen 47 — Unzeitgemäßer und unpraktischer Staatsaufbau 48.	
<i>e. Die Zentralverwaltung</i>	49
Geheimes Konsilium 49 — Geheimes Kabinett 49 — Geheimes Finanzkollegium 50 — Militärbehörden 50 — Kommissionen und Deputationen 51 — Zusammenwirken der	

Behörden 51 — Landesherrliche Fachverwaltungen 52 — Mangelhafte Verbindung zwischen Zentralgewalt und Landesteilen 52 — Schwerfälliger Behördenapparat 53.

f. Geringes Streben nach Vereinheitlichung 55

Im 16.—18. Jh. 55 — bei der Staatsreform 1762/63 55 — nach der Französischen Revolution 56 — Bis 1806 wenig Kritik an der Verfassung 57.

2. Reformbestrebungen zur Zeit der napoleonischen Fremdherrschaft und der Befreiungskriege 58

a. Reformen in anderen Staaten Mitteleuropas 58

Gebietsveränderungen bei Auflösung des Deutschen Reiches 58 — Reformen in süddeutschen Staaten 58 — Reformen in Preußen 59 — im Königreich Westfalen und im Herzogtum Warschau 60 — Reformen in Österreich 61 — Reformen in Sachsen-Weimar 61 — Keine Reformen in Sachsen 61 — Friedrich August III. 61 — Reformwünsche 62.

b. Verhandlungen über eine Union der Landesteile 63

Vorschlag der Wiederaufhefungs-Kommission 1808 63 — Antrag der erbländischen „Stände von Ritterschaft und Städten“ 64 — Gegenantrag der Standesherren 65 — Kampf auf dem Landtag 65 — Befürwortung des Geheimen Konsiliums 65 — Auseinandersetzungen im Geheimen Kabinett 66 — Verpaßte Gelegenheit 67 — Bemühungen Oppels im Generalgouvernement 67 — Anteilnahme der Bevölkerung 68.

c. Denkschriften und Broschüren für und gegen eine Staatsreform 68

Schriften aus dem Geheimen Konsilium 69 — weitere aus den Erbländern 71 — Schriften aus den Nebenlanden 72 — Grävell's Sendschreiben 74 — Rochows Vorschläge 74 — 43 Schriften für und gegen Reformen 75 — Auswärtige Vorbilder 75 — Bürgerlicher Charakter der Reformbestrebungen 76 — Beziehungen der Verfasser zu den Reformern von 1763 und 1830 76.

3. Einschränkungen und Umgestaltungen im verkleinerten Staatswesen der Restaurationszeit (1815 bis 1827) 78

a. Verfassungsänderungen 78

Sachsens Teilung 78 — Verfassungsreform des Restgebietes notwendig 79 — Beschlüsse über Einschränkungen 79 — Premierminister Detlev von Einsiedel 80 — Reste der Stifter Merseburg und Naumburg eingegliedert 80 — Behörden des Stifts Meißen aufgehoben 80 — Diskussion um die Eingliederung der verbliebenen Oberlausitz 81 — Angleichungen in der Oberlausitz 82 — Standesherrschaften 83.

b. Der Geheime Rat von 1817 84

Eingeschränkte Befugnisse des Geheimen Konsiliums 84 — Konferenzminister wollen Vereinigung mit dem Geheimen Kabinett 84 — Begründung eines nur noch beratenden Geheimen Rates 84 — Erfolgreiche Gegenschriften der Konferenzminister 85 — Proteste der Stände auf dem Landtag 1817/18 86 — Verhandlungen bis 1821 87 — Beurteilung der Organisation des Geheimen Rates 88.

<i>c. Veränderungen bei den zentralen Fachbehörden</i>	88
Finanzverwaltung 89 — Militärbehörden der Besatzungszeit 89 — nach 1815 89 — Justiz und innere Verwaltung 90 — Kreis- und Amtshauptleute 91 — Forstverwaltung 91 — Stände 92 — Keine Reform, aber Beitrag zu ihrer Vorbereitung 92.	
 4. Die Volksbewegung des Jahres 1830 und die neue Regierung	94
<i>a. Sachsen am Vorabend der Revolution von 1830</i>	94
Wirtschaftliche Entwicklung 94 — Kultur 95 — Regierungsweise König Antons 96 — Kritik des preußischen Gesandten 97 — Neubesetzung wichtiger Staatsämter 98 — Wachsende Unzufriedenheit des Bürgertums 99.	
<i>b. Reformvorschläge.</i> (Dazu ein Nachtrag — Uedtritz' Denkschrift — auf Seite 316) 99	
Denkschrift Wietersheims 99 — Richter „Biene“ 100 — Carlowitz „Adresse“ 100 — Watzdorfs Druckschrift 101 — Anträge auf dem Landtag 1830 101 — Teubners Gutachten 102 — Kritik an Regierungsmaßnahmen 102.	
<i>c. Die Revolution</i>	103
Unruhen beim Jubiläum der Augsburgerischen Konfession 103 — Beispielhafte Wirkung der Pariser Julirevolution 103 — Unruhen in Leipzig 104 — in Dresden und anderen Orten 104 — Unterdrückung der Bewegung 104 — Forderungen des Bürgertums 105 — Opposition hoher Beamter 105 — Regierungswechsel 105 — Weitere Erhebungen Oktober 1830 bis Januar 1831 106 — Moßdorfs demokratischer Verfassungsentwurf 107 — Unruhen im April und August 1831 107 — Einmischung Österreichs und Preußens 108.	
<i>d. Die führenden Männer der neuen Regierung</i>	108
Friedrich August 109 — Johann 109 — Lindenau 110 — Mitglieder des Geheimen Rates 113 — Zezschwitz 114 — Carlowitz 114 — Könnertitz 115 — Zeschau 116 — Gruner 117 — Müller 118 — Minckwitz 119 — Wietersheim 120.	
<i>e. Die Zusammenarbeit im Kabinett und mit dem Landtag</i>	120
Innere Übereinstimmung der Minister? 120 — Gegensätze Lindenaus zu Zeschau und Könnertitz 121 — Gemeinsamkeiten 121 — Auswärtige Beziehungen der Minister 121 — Lindenaus Stellung als Vorsitzender 122 — Anfänglich gutes Verhältnis zum Landtag 123 — Widerstand reaktionärer Abgeordneter gegen Reformen 123 — Auseinandersetzungen mit demokratischen Abgeordneten 123 — Streit über Stellung zum Verfassungsbruch in Hannover 124 — Streit über Pressezensur 124 — Verschärfte Gegensätze 125 — Lindenaus Rücktritt 126 — Gute Zusammenarbeit des Ministeriums bei den Reformen 127.	
<i>f. Der Anteil des Bürgertums an der Regierung und an den Reformen</i>	128
Bürgerlicher Charakter der Reformen 128 — Weiterhin Bevorzugung des Adels 128 — Aufstieg Bürgerlicher in hohe Staatsämter von jetzt an möglich 128 — Hervorragende bürgerliche Reformer 129 — Berufung von Leipziger Bürgerlichen in die Dresdener Zentralbehörden 131 — Weitgehend selbständige Mitarbeit der bürgerlichen Ministerialräte 132 — Zusammenwirken von Adel und Bürgertum bei den Reformen 133 —	

Übersicht über die soziale Zusammensetzung der höheren sächsischen Beamtenschaft vor und nach 1830 133.

5. Überblick über die Reformen	138
Ankündigungen und Vorbereitungen 138.	
a. Die Verfassungsurkunde	138
Entwürfe von Lindenau und Carlowitz 138 — Reformprogramm 139 — Staatseinheit 139 — Zivilliste 139 — Landtag 140 — Zusammensetzung des Landtags 140 — Rechte der Kammern 141 — Vergleich mit dem sächsischen Landtag von 1920 142 — Fachverwaltungen 143 — Menschen- und Bürgerrechte 143 — Beurteilung der Verfassung 144.	
b. Die Reformen der Gemeindeverfassung	144
Städteordnung 144 — Landgemeindeordnung 146.	
c. Die Agrarreform	147
Ablösungen 147 — Gemeinheitsteilungen 149 — Aufhebung des Gesindezwangsdienstes 149 — Lehen werden Erbeigentum 150 — Zusammenlegungen 150 — Grund- und Hypothekenbücher 150 — Teilbarkeit des Grundeigentums 150 — Bauerngüter werden Handelsware 150 — Wirkung der Agrarreformgesetze 151.	
d. Die Verwaltungsreform	151
Fachministerien und Staatsrat 151 — Mittel- und Unterbehörden 151 — Justizwesen 152.	
e. Die Finanzreform	152
Aufstellung eines einheitlichen Staatshaushalts 152 — Zollverein 153 — Reform der indirekten Steuern 153 — Reform der Grundsteuern 154 — Umbildung der Finanzbehörden 155 — Vereinheitlichung der Gewichte 155 — Metrisches Maßsystem vorgeschlagen 156 — Münzkonvention 156.	
f. Weitere Reformarbeit des Innenministeriums	157
Aufhebung des Bier- und Mahlzwangs 157 — Bemühungen um Milderung des städtischen Innungszwangs 157 — Zulassung von Gewerben auf dem Lande 158 — Staatsdienergesetz 158 — Personenstandsgesetze 159 — Heimatsgesetz 159 — Armenordnung 160 — Landeswaisenhaus 160 — Untere Medizinalbehörden 161 — Humanerer Strafvollzug 161 — Brandversicherung 161 — Bessere Rechtsstellung der Juden 162 — Pressezensur 162.	
g. Die Schulreform	163
Forderung nach besserer Volksbildung 163 — Schulze 163 — Schulgesetz: Bau von Schulen und feste Besoldung der Lehrer 164 — Prüfung der Lehrer 165 — Maßnahmen gegen Kinderarbeit 165 — Versorgung für Witwen und Waisen der Lehrer 166 — Gelehrtschulen 166 — Abschaffung der Adelsvorrechte beim juristischen Universitäts-examen 167.	

<i>h. Reformen im Heerwesen</i>	167
Eintritt von Bürgerlichen ins Offizierkorps 167 — Verringerte Militärausgaben; Pensionsberechtigung 167 — Allgemeine Wehrpflicht 168 — Abschaffung unmenschlicher Militärstrafen 169.	
<i>i. Allgemeine Charakteristik der Reformen (Dazu ein Nachtrag — Außenpolitik — auf Seite 319)</i>	169
Reformen auf allen Gebieten 169 — Gleichzeitige Leistungen in Technik und Kultur 170 — Besondere Erschwernisse für die Reformen in Sachsen 171 — Erfahrungen anderer Staaten verwertet 171 — Sachkundige und planvolle Durchführung 172 — Eigene Wege 172 — Einfluß der Reformbestrebungen von 1808 bis 1815 172 — Triebkräfte der Reformen 173.	
<i>j. Verzeichnis der wichtigsten Gesetze und Verordnungen der Staatsreform 1830 bis 1846</i>	174
 6. Die Vereinheitlichung des Staatsgebietes	178
§ 1 der Verfassung 178.	
<i>a. Die Eingliederung der Oberlausitz</i>	178
Carlowitz verhandelt mit Oberlausitzer Ständen 178 — Inhalt der Übereinkunft 180 — Finanzverwaltung vereinheitlicht 180 — Garantie und Dauer des Vertrages 181 — Ungeklärte böhmische Lehenshoheit 182 — Österreichs Protest gegen die Verfassung von 1831 183 — Böhmisches Beschwerde gegen die Wahl eines Domstiftsdekans 184 — Preußische Stellungnahme 185 — Außenpolitische Bedeutung der freiwilligen Übereinkunft 185 — Österreichisch-sächsische Verhandlungen und Erklärungen 1841 bis 1845 186.	
<i>b. Die Schönburgischen Rezeßherrschaften</i>	187
Sonderrechte nach 1806 bestätigt 187 — Verhandlungen über Gleichstellung 187 — Erläuterungsrezeß von 1835: Justiz und Verwaltung 188 — Steuern 189 — Militärverhältnisse 189 — Verbleibende Rechte 190 — Garantie des Rezesses 190 — Vorteile für die Schönburger 190 — Später weitere Einschränkungen 191.	
<i>c. Solms-Wildenfels</i>	191
Bisheriger Zustand 191 — Aufhebung der Sonderrechte 192.	
<i>d. Das Hochstift Meißen und das Kollegiatstift Wurzen</i>	193
Bisheriger Zustand 193 — Erlöschen der Hoheitsrechte 193 — Verhandlungen über innere Reform 194 — Sächsische Staatseinheit erreicht 195.	
 7. Die Einführung der Fachministerien	197
<i>a. Das Ministerium als Ganzes</i>	197
Fachministerien infolge der verfassungsmäßigen Ministerverantwortlichkeit 197 — Anderswo Fachministerien ohne Parlament und Verfassungsurkunde 198 — Verbindung von Büro- und Kollegialsystem 199 — Verhandlungen zwischen Regierung und Ständen 199 — Ministerialorganisation abänderbar 200 — § 43 der Verfassung: Kon-	

trassegnatur 200 — Vorbereitung der Ministerialorganisation 201 — Chefs der Ministerien 202 — Minister richten Ministerien ein 203 — Verordnung vom 7. 11. 1831 203 — Auflösung der bisherigen Zentralbehörden 204 — Reines Fachprinzip ohne Territorialabteilungen 204 — Auswärtige Vorbilder 205 — Gründe für besondere Einrichtungen 205 — Beamtenstellen 206 — Gehälter 206 — Gleichstellung der Minister 207 — Vorträge beim Regenten 208 — Vereinfachter Geschäftsstil 209 — Kabinettskanzlei 210 — Ministerien lassen unterstellten Behörden mehr Selbständigkeit 211 — Größe und Reihenfolge der einzelnen Ministerien 212.

b. Das Justizministerium 213

Völlig neue Einrichtung 213 — Vorbehörden 214 — Aufgaben 214 — Leitendes Personal 215 — Prüfungskommission und Sportelfiskalat 216 — Unterstellte Behörden 216 — Spätere Entwicklung 216.

c. Das Finanzministerium 217

Vorbehörden 217 — Aufgaben 217 — Abteilungsgliederung 218 — Angeschlossene Buchhaltereien und Rechnungsexpeditionen 218 — Unterstellte Kassen und Zahlämter 218 — Leitendes Personal 219 — Unterstellte Behörden 219 — Spätere Entwicklung 220.

d. Das Ministerium des Innern 220

Vorbehörden 220 — Aufgaben 221 — Leitendes Personal 221 — Sachgebiete unter Lindenaus Leitung 221 — Eingliederung der Landesdirektion 222 — Übernahme der Pressezensur 223 — Unterstellte Behörden 223 — Spätere Entwicklung 224.

e. Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts 225

Vorbehörden 225 — Aufgaben 226 — Leitendes Personal 226 — Auftrag in Evangelicis 227 — Vorträge beim Regenten 228 — Unterstellte Behörden 228 — Schulangelegenheiten gewinnen Vorrang 229 — Zunahme der Aufgaben 230 — Verhältnis zum Reich 231.

f. Das Kriegsministerium 231

Vorbehörden 231 — Aufgaben 231 — Leitendes Personal 232 — Ressortverhältnis zum Generalkommando 232 — Schlüsselstellung zwischen König und Generalkommando 233 — Stärkere Stellung des Kriegsministers in der Zusammenarbeit 234 — Vergleich mit Preußen 235 — Generalstab untersteht seit 1848 dem Kriegsministerium 235 — Spätere Entwicklung 235.

g. Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten 236

h. Das Gesamtministerium 237

i. Das Ministerium des königlichen Hauses 238

8. Der Staatsrat und der Staatsgerichtshof 240

a. Der Staatsrat 240

Ankündigung in § 41 der Verfassung 240 — Plan des Geheimen Kabinetts 240 — Vorschläge der Geheimen Räte 241 — Verordnung vom 16. 11. 1831 241 — Aufgaben 241 — Mitglieder 242 — Schriftverkehr 242 — Vergleich mit Frankreich und Preußen 243 — Geringe Bedeutung 244 — Mitglieder bis 1848 245 — Mitgliedschaft ehemaliger

Staatsminister 245 — Verordnung von 1855 246 — Kommission für Entscheidung über Kompetenz Zweifel 246 — Aufhören des Staatsrats 247 — Ursachen des Verschwindens 248.

b. Der Staatsgerichtshof 248

Aufgaben 248 — Mitglieder und Verfahren 249 — Erneuerung der Mitglieder; Gesetz von 1838 249 — Keine Tätigkeit 250.

9. Die Neueinrichtung der mittleren Verwaltungsbehörden 251

a. Ziel und Plan der Neuordnung 251

Rationale Staatsgliederung 251 — Auswärtige Vorbilder 251 — Vorschläge und Ansätze einer Neueinteilung 1808—1816 252 — Geplantes Verhältnis der Mittelbehörden zur Zentralinstanz 252 — zu den Lokalbehörden 253 — zu den einzelnen Fachministerien 253.

b. Landesjustizkollegium und Landesdirektion 254

Gründung der Mittelbehörden verschoben 254 — Teilung der Landesregierung 255 — Landesjustizkollegium 256 — Landesdirektion 256 — Gemeinsame Einrichtungen 256 — Kollegialisches und Bürosystem 257 — Plenarsitzungen ohne Lateralverfassung 257 — Personal 258 — Vorläufige Einrichtungen 258.

c. Die Kreisdirektionen 259

Verhandlungen über ihre Einrichtung 259 — Auflösung der Vorbehörden 261 — Einteilung der Bezirke 262 — Aufgaben 262 — Kollegialisches und Bürosystem; Arbeitsrichtlinien 264 — Personal 264 — Amtshauptleute delegierte Mitglieder der Kreisdirektionen 265 — Mängel der Organisation 265 — Vorzüge 266.

d. Mittelbehörden für die Kirchen- und Schulverwaltung 267

Aufklärung will Kirche und Staat trennen 267 — Forderungen sächsischer Theologen 267 — Gesetzentwurf über kirchliche Selbstverwaltung 1832/33 268 — Katholisches und reformiertes Bekenntnis zugelassen 269 — Äußere und innere Kirchenangelegenheiten 269 — Anlässe zur Neuordnung der Kirchenbehörden 269 — Regierungsentwurf 270 — Stellungnahme der 2. Kammer 270 — der 1. Kammer 270 — Kompromißvorschlag 271 — Aufhebung der Konsistorien 272 — Kreisdirektionen übernehmen Kirchen- und Schulaufgaben 272 — Landeskonsistorium 273 — Arbeitsanweisungen 274 — Unzulängliche Organisation 275 — Kritik und Reformforderungen bis 1848 275 — Weitere Entwicklung 276.

10. Die Gerichtsreform 277

a. Mängel im sächsischen Justizwesen 277

Rückständige Gerichtsorganisation 277 — Mehrere Obergerichte nebeneinander 277 — Instanzenweg 278 — Verfahren bei Berufungen 278 — Privilegierte Gerichtsstände 279 — Leuterungen 280 — Aktenversendung an Spruchkollegien in Strafrechtssachen 280 — Justiz und Verwaltung nicht getrennt 281 — Höhere Gerichte: Vorrechte der adligen Räte 282 — Nachlässiger, langsamer Dienstbetrieb 282 — Unbegründete Berufungen 283 — Nebentätigkeiten der Räte 283 — Untere Gerichte: Unklare Abgrenzung der Gerichtsbezirke 284 — Fehlende Oberaufsicht 284 — Mangelhafte Arbeits-

disziplin 284 — Gerichtsverwalter nur nebenher tätig 284 — Sportelwesen 286 — Keine brauchbaren Gesetzbücher 286 — Urteile von Zeitgenossen über Sachsens Rechtspflege 287 — Zurückbleiben gegenüber anderen Staaten 288 — Ständische Privilegien als Ursache der Rückständigkeit 289.

b. Reformbestrebungen und Veränderungen im Justizwesen 1811–1829 289

Gründe der wachsenden Kritik 289 — Reformvorschläge 1810–1815: Beamte des Geheimen Konsiliums 290 — Just, Gutschmid und Zezschwitz 291 — Hering und Grävell 291 — Rochow 292 — Hauptsächliche, wiederkehrende Forderungen 292 — Veränderungen 1815–1822 293 — Weitere Schwierigkeiten bis 1829 293.

c. Teuberns Gutachten 294

Anlaß zur Abfassung 294 — Teubern 294 — Forderung nach gründlicher Reform 295 — Trennung Justiz — Verwaltung 295 — Rechtseinheit durch Dreiinstanzenzug für Zivil- und Strafrecht 295 — Oberaufsicht des Justizministeriums 296 — Vergleich mit anderen deutschen Staaten 297 — Vergleich mit früheren Reformschriften 297.

d. Die Reformgesetze von 1835 298

Vorbereitung 298 — Verfassung sichert Rechtsschutz der Person 299 — Reformgesetze angekündigt 299 — Gesetzentwürfe A, B und C 300 — Verhandlungen darüber mit dem Landtag 300 — Gesetz A trennt Justiz und Verwaltung 301 — Gesetz D des Innenministeriums führt Verwaltungsjustizverfahren ein 302 — Gesetz B begründet neue obere Gerichte 303 — Dreiinstanzenzug 305 — Motive des Gesetzes 305 — Kostenersparnis 306 — Gesetz C läßt privilegierte Gerichtsstände teilweise bestehen 306 — Berggerichte und Militärgerichte 307 — Aufhebung privilegierter Gerichtsstände 307 — Kritik des Landtages 307 — Gesetzentwürfe zur Reform der Unterbehörden 308 — Unterbehörden verspätet reformiert 309 — Beurteilung der Justizreform 310 — Weiterwirkung 311.

Ausblick 312

Weiterführung der Reformen durch die Revolution 1848 312 — Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit 1856 313 — Abschluß der Gesetzbücher 313 — Gewerbegesetz, Landtagsreform 314 — Verwaltungsreform und Städteordnungen 1878/74 314 — Vollendung des Übergangs zum bürgerlich-konstitutionellen Staat 315.

Nachtrag: Quellen zur Geschichte der Staatsreform im Slowakischen Zentralstaatsarchiv in Bratislava 316

Zu 4. Die Volksbewegung des Jahres 1830 und die neue Regierung

b. Reformvorschläge (S. 99 nach Z. 16)

Uechtritz' Denkschrift 316

Zu 5. Überblick über die Reformen

i. Allgemeine Charakteristik der Reformen (S. 170 nach Z. 6)

Außenpolitik 319

Quellen- und Literaturverzeichnis 322

Personenregister 338